

Mögliche Auswirkungen des EU-CBAM auf die Wirtschaft Österreichs

Im Zuge der Fit-for-55-Initiative der Europäischen Kommission soll der europäische Emissionshandel (EU-EHS) um einen CO₂-Grenzausgleich-Mechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) ergänzt werden. Der CBAM soll u.a. einen alternativen Schutz gegen Carbon Leakage ermöglichen. Bisher wurde der Gefahr durch Carbon Leakage durch die Vergabe von freien Zertifikaten begegnet. Mit Einführung eines CBAM soll die freie Zuteilung in einem Übergangszeitraum zwischen 2026 bis 2035 sukzessive auf null reduziert werden. Für EU-Produzenten der betroffenen Güter (aktuell Eisen und Stahl, Aluminium, Düngemittel, Zement) entsteht durch die zusätzlichen Aufwendungen für Emissionszertifikate eine Mehrbelastung mit daraus entstehenden Wettbewerbsnachteilen (u.a. bei Exporten in Drittstaaten). Es ist anzunehmen, dass sich diese Kosten über Preiseffekte auch auf die nachgelagerten Wertschöpfungsketten auswirken, wodurch zusätzliche Branchen der Europäischen Industrie unter Druck geraten könnten.

Das Industriewissenschaftliche Institut hat im Auftrag der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich eine Abschätzung der möglichen Kosten durchgeführt, mit welchen sich die österreichische Industrie bei Wegfall der freien Zuteilung zwischen 2026 bis 2035 konfrontiert sehen könnte sowie welche Branchen direkt und nachgelagert in besonderem Maße davon betroffen wären.

Durch die geplante Reduktion der kostenfreien Zuteilung von Emissionszertifikaten, ist mit höheren Preisen für die Güter *Düngemittel, Zement, Stahl und Eisen* sowie *Aluminium* zu rechnen. Dabei entsteht nicht nur eine direkte Kostenbelastung bei den primär betroffenen Gütern, sondern ebenso – durch Preisweitergabe – eine indirekte Mehrbelastung für nachgelagerte Güter. Aufgrund mehrerer Unsicherheitsfaktoren, wie u.a. geopolitische Entwicklungen, Konjunkturentwicklung sowie verschobene Investitionen in Folge stark steigender Energiepreise lassen sich Annahmen zur Entwicklung der Emissionen bzw. des Zertifikatspreises unzureichend abschätzen. Daher entspricht die Höhe der Emissionen in den Jahren 2026 bis 2035 konstant jener des Jahres 2019; im Gegenzug wird von einem konstanten Zertifikatspreis in Höhe von 90 Euro pro Tonne CO₂ ausgegangen.

Durch den Wegfall der freien Zuteilung wären im Jahr 2035 in Summe zusätzliche Zertifikate für Emissionen in Höhe von 12,1 Mio. Tonnen erforderlich, was bei einem Zertifikatspreis von 90 EUR pro Tonne bei den betroffenen CBAM-Gütern zusätzliche direkte Kosten von 1,1 Mrd. EUR verursachen würde. Die Preiserhöhungen der direkt betroffenen Güter führen in weiterer Folge zu Cost-push-Effekten. Die höchsten indirekten Preissteigerungen zeigen sich in den Gütergruppen *Metalle und Halbzeug daraus (4,7%), Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden (4,0%)* sowie bei *chemischen Erzeugnissen (0,9%)*. Weitere Güter, welche hohe Cost-push-Effekte zu verzeichnen haben, sind u.a. *Metallerzeugnisse, Gebäude, Tiefbauten und sämtliche Bauarbeiten* sowie der *Maschinen, Fahrzeuge und Nahrungsmittel*. Insgesamt würden sich die zusätzlichen indirekten Kosten im Jahr 2035 auf 529,4 Mio. EUR belaufen, in Summe würde die direkte und indirekte Mehrbelastung 1,62 Mrd. EUR betragen. In den Jahren 2026 bis 2035 könnten bis zu 8,9 Mrd. EUR an direkten und indirekten Mehrkosten in der heimischen Volkswirtschaft entstehen.

Zusätzliche direkte und indirekte Kosten bei einem Zertifikatspreis von 90 Euro in den Jahren 2026 bis 2035

bei einem Zertifikatspreis von 90 EUR pro Tonne	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	Summe (2026 bis 2035)
<i>Reduktion freie Zertifikate</i>	10%	20%	30%	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	
direkte Mehrbelastung durch Wegfall der freien Zuteilung (in Mio. EUR)	108,7	217,5	326,2	435,0	543,7	652,5	761,2	869,9	978,7	1.087,4	5.980,8
indirekte Mehrbelastung über Preissteigerung für intermediäre Inputs durch Wegfall der freien Zuteilung (in Mio. EUR)	52,9	105,9	158,8	211,7	264,7	317,6	370,6	423,5	476,4	529,4	2.911,5
Summe Mehrbelastung (in Mio. EUR)	161,7	323,4	485,0	646,7	808,4	970,1	1.131,8	1.293,4	1.455,1	1.616,8	8.892,3

Quelle: IWI (2022) auf Basis der Input-Output-Tabellen 2018 der Statistik Austria

Bei Wegfall der freien Zuteilung könnte es durch Rückgang der Exporte in Folge verschlechterter Wettbewerbssituation zu einer Verringerung der Produktion kommen. Aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Vernetzung wären auch vorgelagerte Branchen von potentiellen Produktionsrückgängen indirekt betroffen. Bei einem hypothetischen Rückgang um 10% wären am Beispiel der Herstellung von Eisen, Stahl und Aluminium bis zu 989,9 Mio. EUR an heimischer Wertschöpfung sowie 11.000 Arbeitsplätze gefährdet.